№ 17. Inowraclaw, Montag, den 26. Februar. 1866.

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags.
Vierteljährlicher Abonnementspreis:
für Hiesige 11 Sgr., durch alle Kgl. Postanstalten 12½ Sgr.

Fünfter Jahrgang.
Verantwortl. Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene
Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr.
Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum **Abonnement** für den Monat **März** ergebenst ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt für Hiesige 3 Sgr. 9 Pf., auswärts inclusive des Portozuschlags 6 Sgr.

Da die Königl. Postanstalten nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Diejenigen, welche dieses neue Abonnement benutzen wollen, den Betrag von 6 Sgr. durch Postanweisung (ohne Brief) **direct an uns einzusenden,** wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Die Exped. des Kujawischen Wochenblattes.

Der Schluß des Landtages

erfolgte am 22. mittags 1 Uhr unter den üblichen Formalitäten, wie sie stattzufinden pflegen, wenn der König nicht in Person die Thronrede hält. Der Ministerpräsident verlas in rein geschäftsmäßigem Tone, der nur gegen den Schluß hin einige Aufregung zu verrathen schien, folgende Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Die Regierung Seiner Majestät des Königs hatte den diesjährigen Landtag nicht in der Erwartung einer unmittelbaren Lösung des schwebenden Verfassungsstreites, aber doch in der Hoffnung eröffnet, daß das im preußischen Volke lebende Verlangen nach einer Ausgleichung auch in der Landesvertretung hinreichenden Wiederhall finden werde, und das Zusammenwirken der Staatsgewalten zur Herstellung nützlicher Gesetze zu ermöglichen, und durch gemeinsame Thätigkeit im Dienste des Vaterlandes die Schroffheit des Gegensatzes zu mildern, in welchen das Haus der Abgeordneten zur Krone und zum Herrenhause gerathen war.

In dieser Hoffnung hat die Staatsregierung den Landtag nach dem Willen Sr. Maj. des Königs eröffnet, ohne ihrerseits dem Zerwürfniß neue Nahrung zu geben, oder die Grundlagen künftiger Verständigung zu beeinträchtigen.

Die erste Kundgebung, welche darauf aus dem Hause der Abgeordneten erfolgte, war eine Rede seines Präsidenten, in welcher derselbe der feindseligen Stimmung der Mehrheit des Hauses durch grundlose und herausfordernde Vorwürfe gegen die Regierung Seiner Majestät des Königs Ausdruck gab.

Diesem Vorgange entsprach die fernere Thätigkeit des Hauses; sie war nicht dem Frieden, sondern dem Streite zugewandt; nicht den Gesetzes-Vorlagen, sondern dem Bestreben gewidmet, zu Angriffen auf die Regierung den Anlaß auf solchen Gebieten zu suchen, welche die Landesverfassung dem Wirkungskreise der Volksvertretung nicht überwiesen hat, und auf welchen die Thätigkeit der Abgeordneten deshalb eine unfruchtbare bleiben mußte. In diesem Sinne wurde die vom ganzen Lande mit Freuden begrüßte Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der preußischen Krone, und dadurch das verfassungsmäßige Recht des Königs angefochten: Staatsverträge zu schließen, welche dem Staate keine Lasten auferlegen. In diesem Sinne erfolgte, durch den Beschluß vom 10. Februar, ein verfassungswidriger Angriff auf die durch Art. 86 der Verfassungs-Urkunde verbürgte Unabhängigkeit der Gerichte, in Verbindung mit dem Versuche, das wohlbegründete Ansehen preußischer Rechtspflege im Volke zu erschüttern, und die Ehre eines Richterstandes öffentlich anzutasten, dessen Unparteilichkeit noch heut wie seit Jahrhunderten unserem Vaterlande zum Ruhme gereicht. Durch einen weiteren Beschluß hat das Haus der Abgeordneten den Art. 45 der Verfassungs-Urkunde verletzt, und sich die, Seiner Majestät dem Könige allein zustehenden Befugnisse der vollziehenden Gewalt beigelegt, indem es den Beamten derselben Vorschriften in Betreff ihrer dienstlichen Pflichten zu ertheilen unternahm.

Angesichts dieser Uebergriffe mußte die Staatsregierung sich die Frage vorlegen, ob von der Fortsetzung der Verhandlungen des Landtages gedeihliche Ergebnisse für die Wohlfahrt und den inneren Frieden des Landes überhaupt zu erwarten ständen. Seine Majestät der König hat die Beantwortung dieser Frage ausgesetzt wissen wollen, bis die Berathungen des Hauses der Abgeordneten über einen Antrag erfolgt sein würden, in welchem die vermittelnden Bestrebungen einer Minderheit ihren Ausdruck gefunden hatten.

Der Verlauf dieser Berathungen hat bei der Staatsregierung die Besorgniß nicht zu heben vermocht, daß auf dem vom Hause der Abgeordneten eingeschlagenen Wege das Land ernsteren Zerwürfnissen entgegen geführt und die Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert werden würde.

Um dies zu verhüten, habe Seine Majestät der König befohlen, die Sitzungen des am 15. Januar eröffneten Landtages zu schließen. Im Allerhöchsten Auftrage erkläre ich den Landtag der Monarchie für geschlossen.

Nach beendigter Verlesung mischten sich die Minister unter die Anwesenden, und namentlich der Ministerpräsident wechselte mit verschiedenen Mitgliedern freundliche Worte und Händedrücke. Damit war die Ceremonie beendigt.

Vor den Thoren des Schlosses hat eine zahlreiche Entfaltung von Schutzmannschaft stattgefunden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus. Erste Sitzung, vom 22. Februar.

Eröffnung: 10 Uhr 17 Min. Am Ministertisch: Niemand. Die Tribunen sind überfüllt. Der Abg. Waldeck ist wieder anwesend.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Neu eingetreten sind mehrere Abgeordneten und Regierungskomissare. — Seit der vorigen Sitzung sind abermals eine große Menge (im Ganzen 46) Zustimmungsadressen eingegangen.

Präsident Grabow verliest nun die von ihm dem bekannten drei Beschlüssen über Lauenburg die Obertribunals-Entscheidung und die Klassen Kappelmann'sche Petition bei ihrer Mittheilung an das Ministerium beigegebenen Begleitschreiben und den Wortlaut der Beschlüsse selbst sowie das Schreiben des Ministerpräsidenten, mit welchem sie zurückgesandt worden sind.

Von dem Abg. v. Hoverbeck ist der Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt; nach unserer Geschäfts-Ordnung bedarf derselbe nicht der Unterstützung und wird darüber abgestimmt werden, nachdem ein Redner für und ein Redner gegen das Wort erhalten hat.

Abg. Wagener. In meinem und meiner Freunde Namen lege ich Verwahrung ein gegen die vom Abg. Hoverbeck beliebte geschäftliche Behandlung des Gegenstandes, und stütze mich dabei auf unsere Geschäfts-Ordnung, nach welcher nur dann über den materiellen Theil einer Vorlage abgestimmt werden darf, wenn dieselbe zuvor auf der Tages-Ordnung gestanden hat.

Präsident Grabow erinnert den Vorredner daran, daß in der von ihm bei Abdruck des Ministerial-Schreibens erlassenen Verfügung ausdrücklich gesagt ist, es werde dieser Gegenstand heute zur Verhandlung kommen.

Abg. Graf Schwerin: Das vorliegende Schreiben gehört nicht unter die Kategorie von Regierungs-Vorlagen, es fehlt ihm die Allerhöchste Ermächtigung Sr. Maj. des Königs. (Zustimmung links).

Abg. Osterrath sieht ebenfalls keinen Grund, weshalb die Abstimmung auf einfache Tagesordnung unzulässig wäre.

Abg. Wagener ist mit den Abgg. Graf Schwerin und Osterrath einverstanden.

Abg. Virchow: Wenn das Haus über die geschäftliche Behandlung des Gegenstandes zur Tagesordnung übergeht, so kommt dies, im Grunde genommen, einem Uebergang zur Tagesordnung über den Gegenstand selbst gleich, denn das Haus spricht dadurch aus, daß der Gegenstand nicht würdig ist, von ihm behandelt zu werden. (Bravo.) Das Haus überläßt es seinem Präsidenten, mit jenem Schreiben zu machen, was ihm gefällig ist. Ich würde nicht dazu rathen, es zu den Akten zu legen, denn es ist dessen nicht werth, weil es nur ein Zankapfel ist oder sein soll, vermittelst dessen die Herren Minister im Lande die Meinungen über unsere Beschlüsse zu verwirren meinen.

Abg. v. Hoverbeck erklärt sich mit den Gründen des Vorredners, betreffend die geschäftliche Behandlung, einverstanden.

Abg. Wagener rechnet auf die Nachsicht des Präsidenten, wenn er in der Weise zur „Geschäftsordnung" spricht, wie der Abgeordn. Virchow.

Abg. v. Hennig: Meine Herren, man sagt, es sei zweckmäßig, daß man bei seinem Gegner immer Klugheit voraussetze, und daher nicht das thue, was er empfiehlt. Aber ich glaube, wir dürfen das in diesem Falle nicht. Der Redner auf jener Seite versteht gar nicht

um was es sich handelt. Er denkt, wir wollen ihm und seinen Freunden imponiren. Aber, meine Herren! Das haben wir gar nicht nöthig. Die Lage ist so klar — das ganze Land, ja ganz Europa versteht sie, nur jene 23 Herren drüben (zur Rechten) und diese Herren, die sonst am Ministertische sitzen, die verstehen sie nicht und wollen sie nicht verstehen. Das Ministerium maßt sich an, uns, dem gleichberechtigten gesetzgebenden Factor, unsere Beschlüsse zurückzusenden. Das ist einfach eine Ueberhebung, und wir weisen sie zurück, wie andere Ungebührlichkeiten. (Sehr wahr!)

Abg. v. Gottberg: Der Vorredner hat gesagt, daß man seine Gegner für klug halten müsse, daß aber auch Fälle eintreten können, in denen dies ein Fehler sei. Darauf habe ich zu erwiedern, daß wir Ihnen gegenüber niemals in die Lage gekommen sind, diesen Fehler zu begehen. (Heiterkeit). Ferner hat der Vorredner von Anmaßung des Ministeriums gesprochen. Ich stimme gerade deshalb für die einfache Tagesordnung, weil das Haus dadurch anerkennt eine Anmaßung begangen zu haben.

Abg. v. Hoverbeck für seinen Antrag.

Es haben sich die Abgg. Bresgen und Gneist gleichzeitig gegen die einfache Tagesordnung zum Worte gemeldet, da jedoch nach der Geschäftsordnung nur einer zugelassen werden kann, so wird eine Ausloosung vorgenommen. Das Loos trifft den

Abg. Dr. Gneist: Ich wünsche eine motivirte Tagesordnung, weil es sich nicht um einfache Beleidigungen, sondern um thatsächliche Unrichtigkeiten handelt. Wir vermissen bei der Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußens die verfassungsmäßige Zustimmung der beiden Häuser des Landtages, das Schreiben des Ministeriums spricht nur von einer Ungiltigkeitserklärung eines geschlossenen Staatsvertrages. Wir fassen einen Beschluß über die von dem Obertribunal für zulässig erklärte Verfolgung von Abgeordneten auf Grund des Art. 84, und das Schreiben der Minister spricht von einem Beschluß, durch welchen richterliche Urtheilssprüche angefochten werden. Wir fassen eine Resolution, in wie weit Exekutiv-Beamte gesetzwidrig gehandelt haben und bezeichnen einzelne bestimmte Personen, die ihre Pflicht und Amtsgewalt verletzt haben, und das Ministerialschreiben wirft uns vor, daß wir den Beamten der Exekutivgewalt Vorschriften ertheilten. Wie das Ministerium dazu kommen kann, sich das Recht einer Censur über einen Staatsfaktor anzueignen, der so hoch über ihm steht, wie dieses Dach (nach oben zeigen) über dem Hause, dafür reicht meine Einsicht nicht aus. Dies auszusprechen halte ich für nöthig und rahtsam, oder aber, man sieht die Sache für so evident an, daß man sie durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung für erledigt betrachtet; für sicherer halte ich allerdings, dies zu constatiren durch motivirte Tagesordnung.

Es erfolgt nunmehr die Abstimmung. Die einfache Tagesordnug wird mit großer Majorität angenommen, dagegen stimmen die Conservativen mit Ausnahme des Abg. Gottberg, einzelne Ultramontane und der Abgeordn. Dr. Gneist.

Die Minister Graf zur Lippe und v. Bodelschwingh, sowie die Regierungs-Commissare, Appellations-Gerichts-Rath Schelling und Geh. Finanzrath Wollny traten ein.

Das Haus geht nunmehr zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, nämlich dem mündlichen Bericht der Commission für das Justizwesen über den Gesetzentwurf, betreffend die Ermäßigung und Aufhebung des Gerichtskostenzuschlages.

Der Präsident eröffnet die Generaldebatte es meldet sich Niemand zum Wort, eben so wenig zur Spezial-Debatte. Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Nach Erledigung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung verlassen der Justizminister und sein Commissar das Haus, während Hr. v. Selchow eintritt und in der Diplomatenloge der frühere Finanzminister, Herr v. Patow, erscheint. Als zweiter Punkt der Tagesordnung folgt die Schlußberathung über den Antrag der Abgg. Reichensperger und Genossen auf Erlaß einer Adresse an S. M. den König.

Die Referenten, Abgg. Dr. Gneist und Waldeck haben bekanntlich den Antrag gestellt: das Haus wolle beschließen, den Antrag der Abg. Reichensperger u. Gen. abzulehnen.

Referent Abg. Dr. Gneist: Meine Herren! Schon im vorigen Jahre hatte Herr Reichensperger den Antrag gestellt, eine Adresse an die Krone zu richten, um den bestehenden Konflikt im Wege des Kompromisses zum Austrag zu bringen Dieser Beschluß wurde am 24. Januar 1865 mit 275 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Das Haus sagte sich damals, daß es eigenthümlich sei, solche Anträge, die blos eine Bedeutung haben, wenn sie von der Majorität gestellt werden, von einer Minorität gestellt zu sehen (Sehr richtig.) Schon der Umstand, daß die Majorität keine Veranlassung nahm, einen Antrag auf Erlaß einer Adresse einzubringen, sollte eigentlich die Minorität erhalten, eine solche Angelegenheit in ihre Hand zu nehmen. Meine Herren! Dieses Haus hat seit dem Sommer 1862 drei Adressen erlassen und in Beantwortung desselben nur schwere Beschuldigungen erhalten. Diese Erfolglosigkeit unserer Adressen sollte schon allein anrathen, von einer solchen Abstand zu nehmen, so lange das gegenwärtige Ministerium am Ruder ist. Unter lebhaftem Beifall des Hauses spricht Redner über die Lage des Landes und schließt mit dem Satz: Schweigen wir von Compromissen, und reden wir von der Genugthuung für das verletzte Gewissen und für das verletzte Recht dieses Volkes.

Der Correferent Abg. Waldeck erbittet sich das Wort für den Schluß der Debatte. Als nächster Redner ist der Abg. v. d. Heydt gemeldet; derselbe verzichtet jedoch auf das Wort zu Gunsten des Abg. Wagener: M. H.! Ich bin auch für eine Adresse, aber für eine Adresse ganz anderer Art, als der Abg. Reichensperger. Man hat neulich die Offenheit und Geradheit anerkennend erwähnt, mit welcher der Abg. v. Blankenburg gesprochen hat; ich will mich bestreben, auch dieses Lob zu verdienen. Ich halte die Situation gegenwärtig für ernst genug, daß man mit allem Eifer durch offenes Aussprechen der thatsächlichen Verhältnisse eine Lösung des Konfliktes herbeiführe.

Während der Rede ist der Ministerpräsident Graf v. Bismarck in das Haus getreten, nach derselben übernimmt der Vice-Präsident v. Unruh das Präsidium.

Abg. Twesten: Ich bin mit dem Vorredner einverstanden, wenn er sagt, der Konflikt beschränke sich nicht auf die einfache Budgetfrage, sondern auf alle Gebiete der äußeren und inneren Politik, auf die eigentlichen Grundlagen unseres Verfassungslebens. Der Vorredner meint allerdings, die Lösung des Konfliktes sei die Beseitigung jeder Verfassung, die Beseitigung des ganzen konstitutionellen Lebens, welches er als eine anerkannte Lüge bezeichnet, und die Wiederherstellung der preußischen Krone vor den Zeiten der Verfassung. Diese Lösung ist allerdings einfach, allein Preußen liegt nicht so abgeschlossen von der historischen Entwickelung, welche Europa in den letzten Jahrhunderten genommen hat, um zurückzukehren auf diesen Standpunkt. Das Wesen der konstitutionellen Monarchie sehe ich darin, daß sie die Regierungsgewalt nöthige, in Uebereinstimmung zu handeln mit dem wiederholt und energisch ausgesprochenen Volkswillen. Die Herren von der Rechten haben dies in früheren Zeiten auch gethan. Von der augenblicklichen Stimmung der Krone macht eine kleine Partei Gebrauch, um die Krone in einen unversöhnlichen Konflikt mit der Mehrheit des Volkes zu treiben. (Beifall links.) Zum Eingehen auf diese Frage bin ich nur durch Herrn Wagener veranlaßt. Es geht aber daraus hervor, daß der gegenwärtige Konflikt tiefer und weiter geht, als daß er jetzt noch durch eine bloße Verhandlung über das Budgetrecht zu erledigen wäre. Handelte es sich nur um diese Frage, dann wäre es möglich, mit der gegenwärtigen Staatsregierung zu verhandeln und dann wäre es, wenn auch nicht nöthig, doch möglich, eine Adresse über einen solchen einzelnen Punkt an die Krone zu richten. Eine Adresse an die Krone, der es nur möglich wäre, daß die Majorität sich entschlösse, müßte die Beschwerden des Landes zusammenfassen, müßte Abhilfe verlangen für die Verfassungsverletzungen, die wir in den letzten Jahren auf allen Gebieten des Staatslebens haben rügen müssen, und müßte meines Erachtens mit der Erklärung schließen, daß wir dieser Regierung gegenüber nicht mehr im Stande sind, unsere verfassungsmäßigen Rechte auszuüben. In solchem Sinne könnte ich mich entscheiden, eine Adresse an Se. Majestät zu richten. Lieber aber beschränke ich mich auf das verfassungsmäßige Recht, den Budgetentwurf der Regierung abzulehnen.

Abg. Reichensperger für seinen Antrag.

Abg. Dr. Waldeck (als Correferent): Meine Herren! Ich kann mich kurz fassen, da der Referent und andere Redner das, was ich zu sagen hätte, bereits erschöpft haben. Indessen ist die Debatte auf ein so weites Feld geführt, daß man den Ausgangspunkt kaum noch erkennen kann. Wenn der Abg. Wagener uns vor Augen stellte, daß die Verfassung vernichtet werden soll, wenn eine kleine Minorität das debattiren kann, so halte ich das allerdings für so unwürdig und den Bestimmungen dieses Hauses zuwider, daß ich darüber gar nicht sprechen mag. (Zustimmung.) Eine Verfassung mag sein, wie sie wolle, das haben wir nicht zu diskutiren; es ist eine Verfassung, die wir und der König beschworen haben, aufrecht zu erhalten. Das sagt alles; lassen Sie diese Frage ein für allemal abgethan sein. (Bravo.) Der Herr Antragsteller gehört zu denen, die im Jahre 1862 die Mehrkosten der Militärorganisation gestrichen haben, wofür kämpft er also jetzt, und worüber beklagt er sich? Eine Adresse an den König ist ein positiver Akt dieses Hauses; sie kann also nur von der Majorität ausgehen, nicht von einigen dissentirenden Mitgliedern.

Hierauf folgen persönliche Bemerkungen. Es wird abgestimmt. Für den Reichenspergerschen Antrag stimmen nur die Konservativen. Der Ministerpräsident Graf Bismarck erhebt sich. Präs. Grabow übernimmt das Präsidium und ertheilt demselben das Wort.

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Ich habe dem Hause Mittheilung zwei (bereits bekannter) Verordnungen zu machen. (Das Haus erhebt sich.)

Ich übergebe mit Allerhöchster Ermächtigung beide Verordnungen dem Präsidium dieses Hauses. (Große Bewegung.)

Präs. Grabow (die beiden Verordnungen in der Hand haltend): Ich werde die zweite der soeben mir überreichten Allerhöchsten Verordnungen noch einmal vorlesen. (Er verliest sie.)

Aus dieser Allerhöchsten Verordnung in Verbindung mit der Allerhöchsten Verordnung, welche morgen den Landtag um 1 Uhr geschlossen wissen will, entnehme ich, daß wir bis zum Schluß keine Sitzung weiter halten sollen, sondern daß wir heute hiermit vertagt sind, so sehe ich diese beiden Allerhöchsten Verordnungen an. Meine Herren, so hätten wir denn heute unsere letzte Sitzung in dieser Legislaturperiode erreicht; Meine Herren, Sie werden von mir nicht erwarten, da ich keine Kenntniß von der

uns bevorstehenden Allerhöchsten Ordre gehabt habe, daß ich Ihnen mittheile, welche Arbeiten von uns bereits erledigt worden und welche noch zu erledigen sind; Sie selbst wissen es, daß ein großer Theil der Arbeiten bis jetzt noch nicht erledigt ist. Wir können nur die heutige Sitzung mit dem lebhaften Wunsche schließen, daß, da nach meiner Ueberzeugung in jeder Hinsicht ein Verfahren (?) eintreten wird, das preußische Volk hinter seinen Abgeordneten stehen und die Verfassungsurkunde wie bisher heilig halten werde. Di Maßnahmen, die vielleicht in Folge unserer Vertagung und Schließung eintreten werden, sie haben sich im Laufe unserer Sitzungsperiode schon angekündigt, ich glaube aber, daß wir, die wir für Recht, Gesetz und Verfassung bisher mit allen unsern Kräften eingetreten sind, dies auch ferner unser Streben sein lassen wollen, und da wir denn an dieser Stelle nicht mehr zusammenkommen, meine Herren, so schließe ich mit dem Rufe: „Hoch Seine Majestät der König!“ die heutige und letzte Sitzung.

Das ganze Haus erhebt sich.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr 20 Minuten. Die Abgeordneten verlassen unter erhöhter Bewegung den Sitzungssaal.

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Zwei Nächte trockenen Frostes haben hingereicht, um einestheils die zu früh geweckte Vegetation zu vernichten, anderntheils auf den stillstehenden Gewässern in der Umgebung Inowraclaw's ein etwa zwei Zoll starkes Eis zu erzeugen, welches von eisbedürftigen Geschäftsleuten auch sofort zur Füllung ihrer Eiskeller resp. zur Erzeugung ihrer Vorräthe benutzt wird. Seit Donnerstag schon wird tüchtig Eis eingefahren.

— Am Donnerstage stürzte in Neusorge (Klopot) ein 16jähriger Arbeitsjunge rücklings vom Wagen, zerbrach sich das Genick, das auch den sofortigen Tod zur Folge hatte.

— Zufolge des geringen Ausfalles der vorjährigen Ernte ist auch in den meisten Gegenden ein Mangel im Stroh eingetreten. Letzterer zeigt sich nicht blos bei der Fütterung des Viehes, sondern auch in betreff der Einstreu sind die Landwirthe vielfach in Verlegenheit gerathen. In Folge dessen hat der Finanzminister auf Anregung des Ministers der landwirthschaftlichen Angelegenheiten in gerechter Würdigung des dringenden Bedürfniß für die Landwirthschaft angeordnet, den Verkauf von Waldstreu, als Haidekraut, Moos und Nadeln aus den königlichen Forsten an das ackerbautreibende Publikum in diesem Jahre mehr als seither und so viel es sich irgend mit dem forstwirthschaftlichen Interesse vertrage, auszudehnen.

— In sonst sehr gut unterrichteten Kreisen cirkulirt seit einigen Tagen das Gerücht von einer bevorstehenden Mobilmachung, welche in den nächsten Tagen angeordnet werden und sich auf drei Armeecorps erstrecken soll, während die übrigen Armeecorps in Kriegsbereitschaft versetzt werden. Dies Gerucht gewinnt um so mehr Wahrscheinlichkeit, als bereits seit einigen Tagen berliner Correspondenten außerpreußischer Zeitungen, welche sich, wie uns bekannt ist, in nahen Beziehungen zu den der Regierung näher stehenden Kreisen befinden, Mittheilungen verbreitet haben, in denen Aehnliches, wenn auch nicht mit dieser Bestimmtheit, ausgesprochen war.

— § 55 ad 2 zur Militär-Ersatz-Instruktion vom 9. Dezember 1858, bestimmt: „Die Militärpflichtigen oder Personen, welche die Zurückstellung der ersteren, oder andere Begünstigungen, rücksichtlich deren Militärverhältnisse beantragen wollen, sind verpflichtet, die zur Begründung derartiger Begünstigungen bestehenden Verhältnisse einige Zeit vor Beginn der Musterung oder spätestens im Musterungstermine selbst zur Sprache zu bringen. Auf die Verheißung eines nachträglich zu führenden Beweises wird keine Rücksicht genommen. Die hierbei etwa vorzulegenden Att ste dürfen in der Regel nur dann als Mittel zum Beweise der darin angeführten Thatsachen angenommen werden, wenn sie von wirklich in Amt und Pflicht stehenden obrigkeitlichen Personen ausgestellt oder beglaubigt sind.“

Dieser Vorschrift, welche die Königl. Regierung alljährlich durch das Amtsblatt bekannt gemacht hat, ist von den Militärpflichtigen vielseitig entgegen gehandelt worden, indem von ihnen Zurückstellungsgesuche bei den Königl. Kreis-Ersatz-Commissionen nicht nur ohne die erforderlichen Beweismittel ausgebracht, sondern auch häufig Fälle vorgekommen sind, wo die Reklamationen bei den Königl. Kreis-Ersatz-Commissionen gar nicht, sondern erst bei der Königl. Departements-Commission und auch bei dieser noch mangelhaft vorgetragen, auch wohl die gedachten Commissionen ganz übergangen und unmittelbar bei ihr angebracht worden sind. Die Königl Regierung fordert daher alle Militärpflichtige des Departements hierdurch auf, mit ihren Reklamations-Anträgen sich bei Zeiten bei der Distrikts- und Kreis-Behörde zu melden und bemerkt, daß künftighin sich ein Jeder die Nachtheile selbst beizumessen haben wird, welche für ihn daraus entstehen, daß auf Reklamationen, sowie bei den betreffenden Königl. Kreis-Ersatz Commissionen nicht vollständig zu gehöriger Zeit und mit den vorgeschriebenen Beweismitteln angebracht worden sind, keine Rücksicht genommen werden wird.

— Die Vertheilung neuer für das laufende Jahr gültigen Aufenthaltskarten an sämmtliche im hiesigen Kreise sich aufhaltenden polnischen Flüchtlinge wird in nachstehender Weise im landrathlichen Büreau während der Dienststunden statthaben:

1) für die Städte Inowraclaw, Gniewkowo, Kruschwitz und Strzelno am 12. März cr.,
2) für den Distrikt Kruschwitz am 13 März,
3) für den Distrikt Louisenfelde am 14. März,
4) für die Distrikte Gniewkowo und Inowraclaw am 15 März cr.,
5) für die Distrikte Tarkowo und Strzelno am 16. und 19. März cr.

Jeder polnische Flüchtling hat bei Vermeidung seiner Auslieferung seine Karte im genannten Büreau persönlich abzuholen.

Znin, 22. Febr. Die allgemeine Trichinenfurcht hat auch unser Städtchen angesteckt, und die hiesigen Fleischer veranlaßt, die Uebereinkunft zu treffen, nach welcher jedes geschlachtete Schwein von unserm Apotheker erst mikroskopisch untersucht werden soll. Auch hat der Magistrat ein Gesuch bei der Kgl. Regierung zu Bromberg eingereicht, um die Verfügung zu treffen, daß auch alles von außerhalb an den Wochen- und Jahrmärkten zum Verkauf hier eingebrachte Schweinefleisch untersucht sein müsse, und daß dies durch einen Schein auszuweisen sei. (Sehr empfehlenswerth.)

Die hiesige jüdische Schule hat trotz der Verfügung der Kgl. Regierung noch nicht eröffnet werden können, da sich noch kein Lehrer gemeldet hat, der für die ausgeschriebene, nur geringe Besoldung, das Amt übernehme. Bis zur Eröffnung besuchen die jüdischen Kinder noch die evangelische Elementarschule.

Gottlob, daß die Krankheiten, die leider in diesem Winter so viele Opfer gefordert, nun nachgelassen haben. Bis auf einige Kinder, die sich aber auch schon im Besserungszustande befinden, ist jetzt alles ganz wohl.

Eine Zigeunerbande aus ca. 40 Personen bestehend weilte hier durch einige Tage. Den größten Absatz gewährten sie den Bierlokalen, sowie den Cigarren- und Tabacksläden. Wie es heißt, sollen auch in den hier nahe liegenden Dörfern noch zwei andere Trupps von je 40 Personen lagern. A.

Trzemeszno. Obgleich nach Auflösung unsers Gymnasiums hier alles wissenschaftliche Leben verschwunden war, so ist endlich doch unser Ort wieder in die Reihe der Kulturstädte getreten. Seit November v. J. besitzen wir eine höhere Töchterschule, die einen recht sichtbaren Aufschwung genommen hat, da die Anstalt bereits von 44 Schülerinnen besucht wird, und ist die Anstalt allen auswärtigen Eltern zu empfehlen, die ihren Kindern eine tüchtige Bildung geben wollen, da außer den Wissenschaften auch englischer, französischer und polnischer Schulunterricht ertheilt wird Aber auch für unsere Söhne ist durch im die Jan. erfolgte Eröffnung der höheren Simultan-Knabenschule gesorgt worden, da es den minder bemittelten Eltern der Stadt und Umgegend nun wieder möglich ist, ihren Kindern Erziehung und Unterricht geben zu lassen. Die Lehrer unter der liebreichen und kräftigen Leitung des Dirigenten, wetteifern durch unermüdete Thätigkeit und strenge Disciplin, die Anstalt auf eine immer höhere Stufe zu heben und einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Mögen hier deutsche und polnische Jünglinge gleichberechtigt sich die nöthigen Kenntnisse fürs Leben erwerben und friedlich mit einander leben, und die Erweiterung der Anstalt wird nicht ausbleiben.

Gnesen. Bei Gelegenheit eines Balles in Weeschen, zu welchem der Kapellmeister unserer Garnison, Ressel, von Personen polnischer Nationalitat mit seiner Kapelle geladen war, wurde derselbe arg mißhandelt, und ihm unter anderem ein Armbruch zugefügt. Zu dieser Mißhandlung hatte eine von dem Gutsbesitzer H. provocirte patriotische Aeußerung Ressel's Veranlassung gegeben. Auch die übrigen Musiker, welche sich ihres Kapellmeisters annahmen, sind mehr oder weniger verletzt worden. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Posen. Die Auswanderung aus unserer Provinz und dem benachbarten Westpreußen nach Russisch Polen scheint wieder im Zunehmen zu sein. Schreiber dieses traf vor wenigen Tagen auf einer Reise in Schneidemuhl 12 Familien, die sich nach Polen begaben, wohin sie sich bereits als Fornal verdungen hatten. Es ist zum Erstaunen, welche Versprechungen polnische Gutsbesitzer diesen Leuten machen. Nach eigener Angabe bekommen sie (oder sollen sie bekommen) 35 Rt. Geld, 25 Scheffel Roggen, 2 □Morgen gedüngten Acker zu Kartoffeln, 5 □Ruth. zu Leinsamen und 5□Ruth. zu Wruken (Kohlrüben); außerdem freie Weide und freies Futter für eine Kuh, im Unvermögensfalle auch Geld zu derselben, freie Wohnung, 8 Klafter Brennholz, sowie auch Reiseentschädigung. Dagegen hat der Fornal die Verpflichtung, täglich zwei Arbeiter zu gestellen; erhält aber hierfür noch ein Tagelohn von 10 Sgr. — Welch Wunder, wenn viele Einwohner sich durch diese verlockenden Versprechungen zur Auswanderung bewegen lassen. Wie aber solche Versprechungen in Polen gehalten werden, davon dürfte wohl die vielfache Rückkehr preußischer Auswanderer aus Polen, und zwar in einem zerlumpten und verkommenen Zustande, ein deutliches Zeugniß ablegen. Nicht selten geschieht es, daß zurückkehrende Auswanderer sich buchstäblich in ihre Heimath betteln müssen. — Soll solche leichtsinnige Auswanderung verhindert werden, so müssen die drei Faktoren, Presse, Behörden und das gebildete Publikum, gemeinschaftlich handeln. Sache der Presse ist es, die Verhältnisse der preußischen Einwanderer in Polen klar und unparteiisch wiederholt darzustellen, und dieselben dürften dann bedeutend anders lauten als jene Versprechungen; dagegen Sache der Behörden und des gebildeten Publikums ist es, unsere Arbeiter hinlänglich mit den wahren Verhältnissen bekannt zu machen. Alsdann wird jenen Versprechungen nicht sofort geglaubt werden, und viele Familienväter werden nicht so ohne weiteres sich und ihre Kinder in's Elend stürzen.

— Vom Erzbischof Gr. Ledochowski, der gegenwärtig in Rom weilt, ist beim hiesigen Domkapitel die Benachrichtigung eingetroffen, daß er vom h. Vater mit sehr wichtigen Arbeiten betraut sei und daher die Verwaltung der ihm anvertrauten Erzdiözese schwerlich vor Mitte Mai werde übernehmen können. Wie man hört, bestehen die dem Erzbischof Gr. Ledocho-

wski übertragenen Arbeiten in der Ausarbeitung einer sehr umfangreichen Denkschrift über die gegenwärtige Lage des Katholocismus in den russischen Scepter unterworfenen ehemals polnischen Landestheilen, zu der das Material von polnischen Geistlichen geliefert wird, welche mit den kirchlichen Verhältnissen in Polen und Lithauen genau bekannt sind. Diese Denkschrift soll die Grundlage des feierlichen Protestes bilden, den der Papst vor Europa und der ganzen Welt gegen die Repressiv-Maßregeln der russischen Regierung in Polen und Lithauen zu erheben beabsichtigt. Außerdem soll diese Denkschrift an die katholischen Höfe übersandt werden, um sie zu einer ähnlichen Kundgebung zu Gunsten der russisch-polnischen Katholiken zu veranlassen.

Auflösung des Räthsels in vor. Nr.
„Bank-Note."

Anzeigen.

Oeffentliche
Stadtverordneten-Versammlung
Dienstag, den 27. Februar 1866, Abends 5 Uhr.

Es soll verhandelt werden:

1. Beschlußnahme auf den Protest eines Mitgliedes der Stadtverordneten-Versammlung wegen einer Ordnungsstrafe.
2. Beschlußnahme wegen Zuschlags der Pacht der Fischerei-Nutzung in Rybnik.
3. Beschlußnahme wegen Zuschlags der Pacht des Kruglandes zu Montwy.
4. Beschlußnahme wegen Zuschlags der Pacht von 20 Morgen Weideabfindung und 3 Morgen 73 □Ruthen Fischereiabfindung bei der Montwy.
5. Ein Unterstützungsgesuch.
6. Beschlußnahme wegen Niederschlagung eines rückständigen Einzugsgeldes.

Inowraclaw, den 19. Februar 1866.
Keßler, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Am 8. März cr. 10 Uhr Vorm. wird in der Packkammer des hiesigen Postamts
ein alter hölzerner Ständer zu einer großen Packetwaage.
meistbietend verkauft, wozu Kauflustige eingeladen werden. Den Zuschlag behält sich die Königl. Ober-Postdirektion in Bromberg vor.

Inowraclaw, den 26. Februar 1866.
Post-Amt
Scharek.

5 Thaler Belohnung

demjenigen, der mir den Aufenthalt des ehemal. *St. Med.* Emil Schendel aus Parchanie bei Inowraclaw (vers. verließ die hiesige Univers. 1864) der Art nachweist, daß ich ihn wegen einer Schuld zum Personal-Arrest bringen lassen kann.

Greifswald.
verw. Gastw. Sachs.

Von **Robert Apitzsch,** Buchhandlung in **Leipzig,** und durch **alle** anderen Buchhandlungen ist zu beziehen:

Zwanzig Mittel wider den Tod,
oder Belehrung, wie man ein langes durch Gesundheit des Körpers u. Geistes beglücktes Lebensicher zu erzielen vermag. 154 S. Preis 15 Sgr.

Briefkasten der Redaktion.

X in Kr. Für diese Nummer zu spät eingegangen.

Herrn A. in Z. Von jetzt ab liegt unser Blatt bei der dortigen Posterpedition zu Ihrer Abholung bereit.

Ich habe mich am hiesigen Orte als
Maurermeister
niedergelassen, und übernehme die Ausführung von Bauten jeder Art, im Einzelnen, wie im Ganzen.

Osiedliłem się w tutejszém mieście jako
mularz
i przejmuję wykonywanie budowli każdego rodzaju, tak w szczególe jak i w ogóle.

C. Mehlhorn.

Dem inserirenden Publikum

beehren wir uns, die ergebene Anzeige zu machen, dass wir unter Heutigem eine Annoncen-Expedition für *alle In- und ausländischen Zeitungen* errichtet haben und hierdurch in den Stand gesetzt sind, durch eine directe Geschäftsverbindung mit allen Lokalblättern Deutschlands und des Auslandes, dem inserirenden Publicum folgende *günstigen Vortheile* zu bieten.

1. Unser *Grundprinzip* ist, die uns überwiesenen Aufträge auf das *Prompteste* und *Reellste* zu effectuiren, d. h. *nur die Preise zu berechnen, welche uns von den betr. Zeitungsexpeditionen selbst notirt werden. Auf besonderes Verlangen wird stets Originalrechnung präsentirt.*
2. *Porto* oder sonstige Spesen werden dabei *durchaus nicht berechnet.*
3. Bei grösseren oder wiederholten Aufträgen *entsprechender Rabatt.*
4. Die Einsendung einmaliger Abschrift des betr. Inserats genügt auch bei Aufgabe für mehrere Zeitungen.
5. *Uebersetzungen* in *alle* Sprachen werden *ohne* Kostenberechnung ausgeführt.
6. *Beleye* werden in *allen Fällen* für *jedes Inserat gratis* geliefert.
7. Anfertigung von Zeitungs-Clichés im Preise von 15–20 Ngr. pro Quad. Zoll.

Correspondenz *franco* gegen *franco.*

Sachse & Comp. Annoncenexpedition in Leipzig.

Gegen alle catarrhalischen Hals- und Brust-Beschwerden, Husten, Heiserkeit rc. gibt es nichts besseres als die

Stollwerck'schen Brustbonbons.

Die zahlreichen ärztlichen Empfehlungen, sowie die zuerkannten Medaillen sind hiervon thatsächliche Beweise. — Obige rühmlichst bekannten Brust-Bonbons sind in Original-Paketen mit Gebrauchs-Anweisung à 4 Sgr. stets vorräthig in **Inowraclaw** bei Conditor **Franz Krzewinski,** in **Thorn** bei **L. Sichtau,** in **Bromberg** bei **Leop. Arndt.** in **Lobsens** bei **L. Leder,** in **Nakel** bei **Fr. Lebinsky.**

Ein Sohn anständiger Eltern mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, kann sofort als **Lehrling** eintreten, in dem Manufactur-En-gros- und En-detail-Geschäft bei Martin Michalski und Co.
in Inowraclaw.

Meine Wohnung habe ich in das der Wittwe *Kayser* gehörige Haus an der Strzelno'er Chaussee verlegt, und bitte ich das geehrte Publikum auch jetzt mit ihren werthen Aufträgen im **Orgelbau und Klavierstimmen** mich zu beehren.

Hempe,
Orgel- und Instrumentenbauer.

Ein unverheiratheter **Hofverwalter,** 32 Jahr alt, der gute Zeugnisse besitzt, sucht als solcher zum 1. Mai cr. eine anderweite Stellung. Das Nähere in der Exp. d. Bl.

Neun schwere fette Ochsen stehen in Lachmirowitz bei Kruschwitz zum Verkauf.

Ein möblirtes Zimmer,
mit oder ohne Kabinett, ist zu vermiethen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Handelsbericht

Inowraclaw, den 24 Februar 1866.
Man notirt für

Gesunder Weizen: 127—130pf. 62 bis 64 Thl. feine schwere Waare über Notiz; weniger ausgewachsener 118—128pf. 49 bis 49Thl. stark ausgewachsen 35 bis 40 Thl.

Roggen: 118—123pf. 38 bis 40 Thl.

W.-Erbsen: 38 — 42 Thl

Gr.-Gerste: 29—31 Thl helle, schwere Waare 43 ausgewachsene 26 Thl.

Hafer: frischer 25 Sgr. per Scheffel.

Kartoffeln: 8 —10 Sgr.

Bromberg. 24 Februar.

Alter Weizen 62—66 Thl. feinste Qualität 1 — 2 Thl. über Notiz.

Frischer Weizen ganz gesunder 48 — 52 Thl. feinste Qualität 1 Thl. mehr, ausgewachsener 42 — 45 Thl.

Roggen 43—44 Thl.

Erbsen Futter 41—43 Thl. Kocherbsen 45—47 Thl.

Gerste 31—34—35 Thl.

Hafer 20 26 Sgr. pro Scheffel

Spiritus $14\frac{2}{3}$ Thl.

Preis-Courant.
der Mühlen-Administration zu Bromberg
v. 22. Februar.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert pr. 100 Pfd. Rt.	Sgr.	Pf.	Versteuert pr. 100 Pfd. Rt.	Sgr.	Pf.
Weizen-Mehl Nr. 1	5		—	6	1	—
„ „ „ 2	4	20	—	5	21	—
„ „ „ 3	3	10	—	—	—	—
Futtermehl	1	20	—	1	20	—
Kleie	1	8	—	1	8	—
Roggen-Mehl Nr. 1	3	22	—	3	29	—
„ „ „ 2	3	12	—	3	19	—
„ „ „ 3	2	16	—	—	—	—
Gemengt-Mehl (hausbacken)	3	4	—	3	11	—
Schrot	2	20	—	2	25	—
Futtermehl	1	18	—	1	18	—
Kleie	1	16	—	1	16	—
Graupe Nr. 1	7	12	—	7	25	—
„ „ 3	5	26	—	6	9	—
„ „ 5	3	16	—	3	29	—
Grütze Nr. 1	4	6	—	4	19	—
„ „ 2	3	18	—	4	1	—
Kochmehl	2	20	—	—	—	—
Futtermehl	[illegible]	18	—	1	18	—

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier $129\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$ pCt. Russisch Papier 129—$\frac{1}{4}$ pCt. Klein Courant 26 pCt. Groß Courant 10—15 pCt.

Berlin. 24. Februar.

Roggen flau loco 47

Februar $46\frac{1}{4}$ — Frühjahr $47\frac{1}{2}$ bez Mai-Juni $49\frac{1}{4}$ bez.

Spiritus loco $14\frac{7}{12}$ bez. Februar-März $14\frac{7}{12}$ bez. Mai-Juni $14\frac{23}{24}$ Juni-Juli $15\frac{1}{3}$

Rüböl Februar-März $15\frac{1}{6}$ — April-Mai $15\frac{2}{3}$ bez.

Posener neue 4% Pfandbriefe $91\frac{3}{4}$ bez.

Amerik. 6% Anleihe p. 1882 $73\frac{3}{4}$ bez.

Russische Banknoten $77\frac{1}{4}$ bez.

Danzig, 24. Februar.

Weizen flau Umsatz 25 Lasten

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.